Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich **2,00 RM.** Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 35,4 Rpf. Postgebühren (hierzu 36 Rpf. Zustellungsgebühren). Kreuzbandsendung: Inland und Zeitungsdrucksache 75 Rpf., Ausland 1,00 RM. für die Woche **Einzelnummer 10 Rpf.**, außerhalb Groß-Dresdens **15 Rpf.**

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden A, Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 34 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 9 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maßstaffel A oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Zifferanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 9 gültig.

Postanschrift: Dresden A 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981–27983 • Telegramme: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060 • Berliner Schriftleitung: Berlin W 35, Viktoriastraße 4a

Nichtverlangte Einsendungen an die Schriftleitung ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 4 × Freitag, 5. Januar 1940 48. Jahrgang

Pariser Angriffspläne gegen Rußland

Plutokratische Kriegshetzer auf der Suche nach neuen Kriegsschauplätzen — Britischer Zerstörer durch Minentreffer versenkt

Verbrecher Churchill überführt

Das englische Lügenministerium hat Pech. In einem Sondertelegramm hat man am Donnerstag in London von den „heftigen Anstrengungen" gesprochen, mit denen die deutsche Propaganda im „Athenia"-Fall die öffentliche Meinung verwirren wolle. Die „deutsche Propaganda" hatte, wie erinnerlich, indes nichts anderes getan, als die Stimmen großer amerikanischer Blätter verzeichnet, in denen festgestellt wurde, daß die bisherigen amtlichen amerikanischen Untersuchungen den Beweis erbracht haben, der Untergang der „Athenia" sei nicht durch einen Torpedo, d. h. also nicht durch ein U-Boot, herbeigeführt worden, sondern höchstwahrscheinlich durch eine Explosion im Innern des Schiffes.

Damit hatte die amerikanische Untersuchung bestätigt, was von vornherein von deutscher Seite zum Fall „Athenia" bemerkt worden war. Das Verbrechen Churchills und seine Lügen sind durch dieses Untersuchungsergebnis noch einmal bestätigt worden. Diese Tatsache ist selbstverständlich von uns mit solchem Nachdruck hervorgehoben worden, daß man in London nicht zu ihr schweigen konnte. Man mußte etwas sagen und ging daher hin, der „deutschen Propaganda" Behauptungen zu unterstellen, die von deutscher Seite gar nicht erhoben worden waren.

Man tat so, als ob die „tatsächlichen und endgültigen Schlußfolgerungen" des amerikanischen Untersuchungsausschusses vielleicht doch noch anders aussehen könnten, als die amerikanische Presse in den letzten Tagen gesagt hatte. Die Londoner Schwindler warfen sich in die Brust und erklärten stolz: „Amtliche Kreise in London begnügen sich mit der Feststellung, daß die Unparteilichkeit der Washingtoner Untersuchung durch die deutschen Verdrehungen unberührt bleibt und daß die Oeffentlichkeit außerhalb von Deutschland, wo die Wahrheit Einfuhrbeschränkungen unterworfen ist, klug daran tut, die tatsächlichen und amtlichen Schlußfolgerungen des Ausschusses abzuwarten."

Aber, wie gesagt, das englische Lügenministerium hatte Pech. Zur gleichen Stunde, da es meinte, die Unparteilichkeit der Washingtoner Untersuchung gegen „deutsche Verdrehungen" in Schutz nehmen zu müssen, hat die amerikanische Nachrichtenagentur Associated Preß sehr klar und eindeutig festgestellt, daß kein Beweismaterial vorliege, das es den amerikanischen Amtsstellen ermöglichen würde, die Beschuldigung zu wiederholen, daß die „Athenia" von einem deutschen U-Boot torpediert worden sei. Die Beweise deuteten vielmehr auf eine innere Explosion hin. Die amerikanischen Passagiere hätten Hunderte von eidesstattlichen Erklärungen abgegeben, doch keiner habe schwören wollen, daß ein Torpedo oder ein U-Boot gesehen wurde.

Die eidesstattlichen Erklärungen der Passagiere decken sich keineswegs mit den Schlußfolgerungen der ersten Depeschen, die sowohl vom USA.-Gesandten in Irland, Cudahy, wie auf Grund eines Entwurfes des stellvertretenden Marineattachés Hitchcock durch den Botschafter Kennedy von London nach Washington übermittelt wurden.

Das Staatsdepartement, welches eine eigene Untersuchung geführt hat, hat, Associated Preß zufolge, die von englischer Seite gemachten Aussagen, welche die Grundlage amerikanischer Diplomatenberichte bildeten, als parteiisch abgelehnt und sich bemüht, nur Aussagen amerikanischer Bürger zu verwerten. Angesichts der Tatsache, daß die „Athenia" vor dem Untergang die Häfen Glasgow, Belfast und Lough ankief, wird es auf amerikanischer Seite für durchaus möglich erachtet, daß in einem der Häfen eine Höllenmaschine an Bord gebracht und verborgen wurde.

Diese Darlegungen weisen nicht allein darauf hin, wo der Untergang der „Athenia" sich in Wahrheit abgespielt hat, sie lassen auch noch einmal die eifrigen englischen Bemühungen erkennen, gerade in der amerikanischen Oeffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, die „Athenia" sei durch ein deutsches U-Boot versenkt worden.

In diesem Sinne wurden amerikanische Diplomaten ausgiebig mit „Material" versorgt, das sie in ihrer Voreingenommenheit gegen das nationalsozialistische Reich auch zumeist entsprechend verwerteten und nach Washington weiterleiteten. Aber auch das hat, wie man sieht, nichts geholfen.

Die Wahrheit ist an den Tag gekommen durch die deutschen Untersuchungen und nun auch durch die Ergebnisse der amerikanischen Untersuchung, die jeder Parteinahme zugunsten Deutschlands unverdächtig ist. Nicht einem Torpedo, sondern einer Höllenmaschine ist die „Athenia" zum Opfer gefallen.

Daß auf Churchills Weisung deutsche Passagiere auf der „Athenia" nicht mitgenommen wurden, um keine deutschen Zeugen für den beabsichtigten und vorbereiteten Untergang der „Athenia" zu haben, kann selbst Churchill nicht auf die Idee kommen, die Anlage seiner Höllenmaschine den Deutschen in die Schuhe zu schieben.

Der Nachweis, daß die „Athenia" durch eine Höllenmaschine versenkt wurde, ist auch der Nachweis, daß sie durch Churchill versenkt wurde.

Die deutsche Informationsstelle hat gerade rechtzeitig, nämlich zusammen mit den jüngsten amerikanischen Veröffentlichungen, die Dokumente zusammengestellt, die das Verbrechen Churchills erweisen.

Br.

London will Schlachtfeld Skandinavien

Neue Einzelheiten über die dunklen Pläne der Londoner Kriegsbrandstifter

× Newyork, 5. Januar

Zum zweiten Male innerhalb der letzten Tage meldet die „New York Times" aus London, daß die Generalstäbe Englands und Frankreichs sich seit Wochen ernsthaft mit dem Gedanken tragen, den von der jüdisch-plutokratischen Verbrecherclique planmäßig angezettelten Krieg zu einem Weltbrand auszuweiten und zu diesem Zweck die Kampfhandlungen nach Skandinavien hineinzutragen.

Das Schicksal der nordischen Staaten, so schreibt der Vertreter der genannten Zeitung, hänge jetzt davon ab, ob die Demokratien sich entschließen würden, gleichzeitig Deutschland und Rußland zu bekriegen. Unterrichtete Kreise geben offen zu, daß England an den nordischen Staaten ein „ungeheures strategisches Interesse" hätte. Englands militärisches Interesse an Skandinavien sei deshalb besonders groß, weil es seine Blockadeflanke decken müsse. Der Krieg könne daher leicht eine Wendung nehmen, die die nordischen Staaten mit oder gegen ihren Willen mit zu Schlachtfeldern machte.

London drückt auf Schweden

Die Frage der Waffendurchfuhr nach Finnland

Telegramm unseres Korrespondenten

St. Amsterdam, 5. Januar

Der englische Druck auf die skandinavischen Länder, über den wir gestern an dieser Stelle schon ausführlich berichtet haben, konzentriert sich augenblicklich auf Schweden. Wie in einem Teil der gestrigen Ausgabe gemeldet, hat die britische Regierung in den letzten Tagen um eine beschleunigte Stellungnahme der schwedischen — wie auch der norwegischen — Regierung zu der Frage der Durchfuhr englischer und französischer Waffen nach Finnland ersucht, und in London macht sich deutlich Ungeduld darüber bemerkbar, daß die schwedische Regierung sich bisher dem englischen Ansinnen, ihre Neutralität aufzugeben, entzogen hat. Die englische Diplomatie zieht alle Register, und über einen neuen Köder der englischen Regierung berichtet „Daily Expreß". Er teilt mit, daß England seine „Hilfe für einen Ausbau des schwedischen Verteidigungssystems" zu geben bereit sei. Die englischen Rüstungsfabriken würden Erlaubnis erhalten, trotz den eigenen englischen Bedürfnissen schwedische Aufträge auszuführen. Dies bestätigt erneut Englands Versuch, sich in Schweden militärisch einzuschalten und Schweden für seine Zwecke zu mißbrauchen.

Der diplomatische Reuter-Korrespondent schreibt, es sei begreiflich, daß England und Frankreich jetzt, da sie selber im Kriege seien, Finnland nur beschränkte Hilfe angedeihen lassen könnten. Eine Reihe von umfangreichen finnischen Bestellungen von Kriegsmaterial, die schon vor Ausbruch der russisch-finnischen Feindseligkeiten in England untergebracht worden seien, würden ausgeführt.

In dieser offenbar von amtlicher Seite beeinflußten Verlautbarung wird bereits ein deutlicher Rückzieher gemacht; denn diese Ausführungen stehen in einem bemerkenswerten Gegensatz zu den großen Worten, die bisher gebraucht wurden und die sich auch in einem „Times"-Artikel finden. Die Gefahren einer offenen Einmischung in Finnland sind anscheinend auch der Anlaß für England, sein Interesse jetzt stärker auf das neutrale Schweden zu konzentrieren. Gleichzeitig beweist England mit seinem Verhalten, daß ihm das Schicksal der Finnen völlig gleichgültig ist.

Die Hintergründe der „Finnland-Hilfe"

Telegramm unseres Korrespondenten

Bern, 5. Januar

Mit lauten Tönen tritt man in der Pariser Presse für „eine aktivere Hilfe zugunsten Finnlands" ein. Welche Pläne sich hinter einer solchen „aktiveren Hilfe" in Wahrheit verstecken, verbirgt man in Paris immer weniger. So fordert denn zum Beispiel „Jour-Echo de Paris", man solle 10 000 gut ausgebildete und ausgerüstete „Freiwillige"

französische Alpentruppen nach Finnland

entsenden. Aber bei dieser Forderung macht das Blatt keineswegs halt. Auch vom Süden her, schreibt es, müsse man Rußland beikommen und vor allem müßten seine Oelquellen gestört werden. Noch forscher äußert sich „Figaro", der erklärt, daß eine aktivere Hilfe von seiten der Alliierten für Finnland es Finnland nicht nur erlauben würde, Petsamo zurückzuerobern, sondern auch gleich Leningrad zu stürmen. Hier macht dann allerdings die Phantasie des Blattes der großen Pariser Salons' halt. Bemerkenswert ist, daß derartige Aeußerungen von der französischen Zensur in keiner Weise angetastet wurden. Sie zeigen klar und deutlich den Zweck der Sammlung des

Expeditionskorps der Westmächte in Syrien

und das Telegramm Paladiers an die Genfer Liga, in dem er erklärt, „im Rahmen des Möglichen und des Genfer Paktes" wolle Frankreich Finnland helfen, läßt den Schluß zu, daß Frankreich eventuell versuchen will, seine Pläne in Vorderasien und im Osten Europas mit der Entschließung der Genfer Institution zu „legalisieren". Die französische Presse macht großes Aufsehen davon, daß nun der französische Botschafter in Moskau seinen Posten verlassen wird, um auf unbestimmte Zeit nach Paris zurückzukehren. „Journal des Debats" gibt der Meinung Ausdruck, daß man darin geradezu schon einen Bruch der Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland erblicken könne. Auch der „Intransigeant" begrüßt die

Abberufung des französischen Botschafters in Moskau.

Das alles ist der Ausfluß der Verärgerung darüber, daß Rußland seinerzeit den Versuchen, in die imperialistischen Fänge der Alliierten zu bekommen, kraftvoll Widerstand geleistet hat.

Luftaufklärung über England und Frankreich

× Berlin, 5. Januar

Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

An der Westfront geringe, an einzelnen Stellen etwas lebhaftere Artillerietätigkeit.

Die Aufklärungstätigkeit der Luftwaffe gegen Großbritannien und Frankreich wurde planmäßig fortgesetzt.

Der Schrei nach den Oelquellen

Immer offener enthüllen sich, wie aus den obigen Meldungen hervorgeht, die Pläne der Westmächte, angesichts der Aussichtslosigkeit ihres Blockadekrieges und jedes unmittelbaren Angriffs auf Deutschland, den Kriegsschauplatz auf Skandinavien, den Balkan und den Nahen Osten auszuweiten. Die englische Zeitschrift „Nineteenth Century" setzt sich nachdrücklich für eine aktive Intervention der Westmächte in den skandinavischen Staaten und in Südosteuropa ein und erklärt, es sei ein großer Irrtum, anzunehmen, daß die Neutralität der nördlichen und südöstlichen Staaten vorteilhaft für England und Frankreich sei. Es würde viel vorteilhafter sein, wenn die Neutralen in den Krieg verwickelt würden — auf welches Ziel man daher denn auch nach Kräften lossteuert.

Hat man dabei in Nordeuropa, wie das oben erwähnte Blatt offen äußert, die

Errichtung eines britischen Flottenstützpunktes im Varangerfjord

im Auge, so zeigt die Hintergründe der Balkan- und Orientpläne der Westmächte ein Artikel des „Tempo". Dieses Blatt nämlich erklärt die Eroberung der Gebiete, in denen sich Erdölquellen befänden, die der Versorgung des Feindes dienten, für eine „vollkommen logische strategische Operation". Unter diesen Gebieten versteht der „Tempo", wie er offen darlegt, die rumänische» und die russischen Oelfelder am Kaspischen Meer, erörtert die Folgen, die eintreten könnten, wenn Rumänien aufhören würde, sein Erdöl an Deutschland zu liefern, und wenn die Gebiete um Baku „irgendwie" der Autorität der Moskauer Regierung entzogen würden, und schließt, daß

die Gegenden um das Schwarze Meer gegebenenfalls für die Westmächte ein strategisches Ziel von kapitaler Bedeutung

sein könnten. Was dann aufschlußreich die Meldungen anderer französischer und englischer Blätter ergänzen, daß das englisch-französische Expeditionskorps in Syrien in wenigen Tagen an der russisch-türkischen Grenze sein und mit der türkischen Armee vereint das Oelgebiet um Baku gefährden könne. In diese Richtung zielt auch eine Behauptung des „Daily Telegraph", in Syrien sei man fast allgemein davon überzeugt, daß im Frühjahr der Krieg wahrscheinlich entweder auf den Balkan oder auf den Kaukasus übergreifen werde. England und Frankreich hätten in ihrem Kriegsplan eine solche Möglichkeit bereits in Rechnung gestellt.

Csaky trifft Ciano

Begegnung in Venedig

Telegramm unseres Korrespondenten

Rom, 5. Januar

Der ungarische Außenminister Graf Csaky wird während seines sechstägigen Erholungsaufenthaltes in Italien am Sonnabend und Sonntag politische Besprechungen mit Außenminister Graf Ciano haben.

„Popolo d'Italia" kündigt an, daß Graf Csaky in Venedig mit Graf Ciano zusammentreffen wird. Der ungarische Außenminister wird heute in der Lagunenstadt eintreffen.

Göring führt die Kriegswirtschaft

Der Beauftragte für den Vierjahresplan höchste kriegswirtschaftliche Instanz

× Berlin, 5. Januar

Generalfeldmarschall Göring hat sich auf die Initiative von Reichsminister Funk hin entschlossen, eine weitere Vereinheitlichung in der Lenkung der Wirtschaftspolitik herbeizuführen. Der Generalfeldmarschall nimmt die Leitung der Kriegswirtschaft ganz in die Hand. Der Beauftragte für den Vierjahresplan wird höchste kriegswirtschaftliche Instanz; der Auftrag des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft, des Reichsministers Funk, liegt bei der Wirtschaftspolitik und der Kriegsfinanzierung im engeren Sinne. Um die unbedingt notwendige Zusammenarbeit zu gewährleisten, werden alle in die Kriegswirtschaftspolitik eingeschalteten obersten Reichsbehörden in einem Generalrat zusammengefaßt. Der Generalrat hat festumrissene Aufgaben. Die Lenkung der Kriegswirtschaft durch den Generalfeldmarschall gibt den Weg zur erfolgreichen Lösung der schwierigen kriegswirtschaftlichen Fragen frei.

•

Die Bedeutung der neuen Regelung liegt in der straffen Lenkung der Kriegswirtschaft durch Generalfeldmarschall Göring, der schon als der Beauftragte für den Vierjahresplan die wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes einheitlich ausgerichtet und die Ernährung und die Versorgung Deutschlands mit lebenswichtigen Rohstoffen innerhalb der Reichsgrenzen gesichert hat und nunmehr als höchste kriegswirtschaftliche Instanz alle wirtschaftlichen Kräfte auf das stärkste mobilisieren und auf das schärfste konzentrieren wird, um die siegreiche Verteidigung des Reiches von der wirtschaftlichen Seite unbedingt zu sichern. Die mit der neuen Regelung angeordnete Zusammenarbeit aller mit Wirtschaftspolitik beschäftigten Ressorts, die sich so auswirken wird, daß regelmäßig die Mitglieder des Generalrates zusammentreten, ist ein weiterer, sehr wesentlicher Fortschritt. Diese Zusammenarbeit, die als vorbildlich zu bezeichnen ist, ist die Voraussetzung dafür, daß schnell gearbeitet und entschieden wird, daß bürokratische Hemmungen oder Bedenken beseitigt und alle vermeidbaren Härten oder Unstimmigkeiten von vornherein ausgeschaltet werden.

Mit der Vertretung des Generalfeldmarschalls in der Leitung des Generalrates ist Staatssekretär Körner beauftragt. Als ständiger Vertreter des Beauftragten für den Vierjahresplan ist er auch ständiger Vertreter des Generalfeldmarschalls in allen kriegswirtschaftlichen Angelegenheiten. Der Generalfeldmarschall wird, wenn er längere Zeit von Berlin abwesend ist, mit seiner Vertretung in den grundsätzlichen Fragen der Wirtschaftspolitik Reichswirtschaftsminister Funk beauftragen. In allen laufenden Dienstgeschäften bleibt es bei der Vertretung durch Staatssekretär Körner.

Die ersten Monate einer systematisch entwickelten Kriegswirtschaftspolitik haben, wie Staatssekretär Körner in diesem Zusammenhang in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Der Vierjahresplan" ausführt, vielfältige Ergebnisse und zahlreiche Erfahrungen gezeitigt. Solange der Krieg dauert, wird die Wirtschaft Operationsgebiet bleiben. Hier müssen die vorhandenen Kräfte — Betriebe, Arbeiter, Rohstoffe und Verkehrsmittel — jeweils den wechselnden Anforderungen der Kriegsführung zu Lande, zu Wasser und in der Luft entsprechend gelenkt werden. Gleichzeitig ist es notwendig, den brutalen Methoden der englischen Blockade durch überlegene Schachzüge zu begegnen. Dementsprechend muß die Kriegswirtschaftspolitik elastisch und schlagkräftig, erfinderisch und wagemutig im Aufspüren neuer Mittel und Wege, hart und konsequent in der Verfolgung des großen Zieles der siegreichen Reichsverteidigung sein. Um diesen Ansprüchen zu genügen, sind drei Voraussetzungen unerläßlich:

1. Klare Befehlsgewalt und straffste autoritäre Lenkung der gesamten Kriegswirtschaft;

2. laufende engste Zusammenarbeit sämtlicher Stellen, die mit kriegswirtschaftlichen Fragen beschäftigt sind, und zwar in Partei und Staat;

3. Disziplin und verständnisvolle Mitarbeit des ganzen Volkes, der Schaffenden als auch der Verbraucher.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan ist nun höchste kriegswirtschaftliche Instanz geworden. Der Auftrag des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft, des Reichsministers Funk, liegt dagegen bei der Wirtschaftspolitik und der Kriegsfinanzierung im engeren Sinne, entsprechend den Aufgaben des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichsbank.

Für diese Führungsaufgabe bedient sich der Generalfeldmarschall der zuständigen Ministerien und der bereits bewährten Einrichtungen und Dienststellen des Vierjahresplanes. Um die unbedingt notwendige Zusammenarbeit zu gewährleisten, werden alle in die Kriegswirtschaftspolitik eingeschalteten obersten Reichsbehörden in einem Generalrat zusammengefaßt. Diesem gehören die Staatssekretäre an: des Beauftragten für den Vierjahresplan, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsverkehrsministeriums, des Reichsministeriums des Innern und des Reichsforstamtes, ferner gehören ihm an: der Reichskommissar für die Preisbildung, der Chef des Wehrwirtschaftsamtes im Oberkommando der Wehrmacht sowie ein Beauftragter des Stellvertreters des Führers der NSDAP. Nach Bedarf kann der Generalrat namentlich durch Heranziehung von Vertretern des Reichsfinanzministeriums oder der Reichs-